

Vaterschaftsurlaub und Elternzeit in der Schweiz – Übersicht über die aktuelle Debatte

Olivia Thoenen, 20. Juni 2016

Inhalt

Aktuelle und kürzlich behandelte politische Vorstösse	3
Aktuelle politische Initiativen und Forderungen	4
Positionen anderer Organisationen	6
Diskussionspunkte und Argumente	6

Hintergrund

Der Vorstand entscheidet an seiner Sitzung vom 30. Juni über die Anfrage des Vereins «Vaterschaftsurlaub jetzt» zur Unterstützung der entsprechenden Volksinitiative. Als Hintergrund und Einbettung dieses Entscheides hat die Geschäftsstelle basierend auf dem Monitoring die Informationen auf den folgenden Seiten zusammengestellt. Wir zeigen damit auf, welche Vorstösse im Parlament diskutiert werden bzw. wurden und wer sich ausserparlamentarisch zu Fragen der Elternzeit bzw. des Elternurlaubs geäussert hat. Je nach Entscheid des Vorstands kann das Papier als Dossier zur Elternzeit auf der Website des Netzwerks aufgeschaltet werden.

Summary

Wie im Rahmen der Sessionsvor- und rückschauen des NKS mitverfolgt, sind in den letzten Monaten im Parlament verschiedene Vorstösse zum Vaterschaftsurlaub gescheitert (vgl Übersicht Tabelle 1).

Obwohl die Diskussionen um eine längere Elternzeit für beide Elternteile öffentlich immer wieder virulenter sind, wird politisch die Einführung eines Vaterschaftsurlaubes im Sinne eines ersten Schrittes hin zu einer Elternzeit als realistischer eingeschätzt. Auch Befürworter des Vaterschaftsurlaubes betonen, dass der Vaterschaftsurlaub als weiterer Schritt Richtung Elternzeit betrachtet wird.

Trotzdem hat gemäss [Tagesanzeiger](#)¹ NR Kathrin Bertschy Ende Sommersession 2016 zusammen mit einer Allianz aus CVP, BDP und Grünen einen Vorstoss eingereicht, in dem eine Elternzeit von insgesamt 28 Wochen (je 14 pro Elternteil) gefordert wird. Eine ähnliche Forderung ist auch noch mit der [parlamentarischen Initiative von Rosmarie Quadranti \(BDP\)](#)² hängig, die die Schaffung eines bezahlten Elternurlaubs von 14 Wochen für die Mutter und 14 Wochen für den Vater fordert.

Neben den zum grössten Teil bereits abgelehnten parlamentarischen Vorstössen stehen auch verschiedene ausserparlamentarische Forderungen im Raum:

- Die Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie», lanciert vom Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!»³ (24.05.2016),
- ein Positionspapier der Eidg. Kommission für Frauenfragen (April 2016) sowie die
- Modellvorschläge der Eidg. Kommission für Familienfragen EKFF (2010).

Aus Sicht des NKS zu beachten ist die Tatsache, dass der Bundesrat teilweise Elternzeit gegen die familienergänzende Kinderbetreuung ausspielt (Argument: lieber Kitaplätze für Säuglinge ausbauen als Geld in Elternurlaub investieren). Darauf müsste das NKS bei einer allfälligen Positionierung in seiner Kommunikation kurz eingehen.

¹ www.tagesanzeiger.ch (17. Juni 2016) → <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Neue-Idee-Monatelanger-Elternurlaub/story/13574163>

² Parl. Initiative Quadranti (15.458): Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub. Mitunterzeichnet von Kathrin Bertschy (GLP), Claudia Friedel (SP), Martgrit Kessler (GLP), Regula Rytz (G), Aline Trede (G), Christisan van Singer(G)

³ Der Verein besteht aus den vier Dachorganisationen Travail.Suisse, männer.ch, Alliance F und Pro Familia Schweiz

Aktuelle und kürzlich behandelte politische Vorstösse

Vorstoss	Eingereicht	Inhalt	Debatte und Stand
Mo. Grünliberale Fraktion 14.3068 «Elternurlaub statt Mutterschaftsentschädigung»	12.03.2014	Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Gesetzesentwurf für einen Elternurlaub mitsamt einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Abschätzung vorzulegen. Die Mutterschaftsentschädigung soll durch einen Elternurlaub abgelöst werden, auf den Erwerbstätige Anspruch haben. Dieser beträgt mindestens 14 Wochen, kann jedoch neu auf bis zu 20 Wochen ausgedehnt werden.	erledigt BR beantragte Ablehnung der Motion. Motion wurde abgeschrieben, da seit mehr als zwei Jahren hängig.
Mo. NR Caroni 14.3109 «Elternurlaub. Mehr Wahlfreiheit bei gleichen Kosten»	18.03.2014	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf für einen Elternurlaub vorzulegen, der den heutigen Mutterschaftsurlaub als Ausgangspunkt nimmt, es jedoch ermöglicht, dass ein Teil der 14 Wochen statt durch die Mutter auch durch den Vater bezogen werden kann. Dadurch soll kein Ausbau des heutigen Systems erfolgen, sondern einzig eine Flexibilisierung.	erledigt BR beantragte Ablehnung der Motion. Motion wurde abgeschrieben, da seit mehr als zwei Jahren hängig.
Parl. Iv. NR Candinas, 14.415 «Zwei Wochen über die EO bezahlten Vaterschaftsurlaub»	21.03.2014	Das EOG und das OR sind so anzupassen, dass Vätern nach der Geburt eines eigenen Kindes analog zum Mutterschaftsurlaub ein zweiwöchiger bezahlter Vaterschaftsurlaub gewährt wird.	Erledigt Das Geschäft wurde von einer Mehrheit aus FDP- und SVP- sowie einzelnen CVP-Stimmen abgelehnt.
Ip. NR Trede, 14.3932 «Wie weiter mit den Familienmodellen des Bundes?»	26.09.2014	Der Bundesrat wird gebeten, Fragen zum Vaterschaftsurlaub/Elternzeit und zur Arbeitszeitreduktion nach Geburt zu beantworten.	Im Rat noch nicht behandelt Antwort des Bundesrats verweist auf den Bericht zur Motion Tornare «Familienpolitik» , (2015).
Mo. NR Trede, 14.4161 «Elternurlaub»	11.12.2014	Der Bundesrat wird beauftragt, einen Gesetzesentwurf für eine Elternzeit von 18 Monaten - wovon mindestens 6 Monate vom Vater bezogen werden sollen - vorzulegen.	Im Rat noch nicht behandelt. Antwort BR: Der Bundesrat teilt die Haltung, dass Elternurlaube die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfachen, jedoch die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung nicht nur unmittelbar nach der Geburt des Kindes, sondern auch während den nachfolgenden Jahren eine Unterstützung bieten. Daher priorisiert der BR den Ausbau der

			familienergänzenden Kinderbetreuung.
Parl. Iv. NR Quadranti 15.458 «Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub»	18.06.2015	Es sind die nötigen gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Es ist festzulegen, zu welchen Teilen er vom Vater bezogen werden kann/muss (ein Bezug zu 100 Prozent ist denkbar); ebenso unter welchen Bedingungen (blockweiser Bezug, bis wann, mit Reduktion des Arbeitspensums). Gesamthaft ergibt sich dadurch eine Elternzeit von maximal 28 Wochen.	Im Rat noch nicht behandelt. Noch keine Antwort des BR.
Po. NR Quadranti, 15.3680 Po. NR Schmid-Federer, 15.3722 Po. NR Bertschy, 15.3768 «Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen»	18.06.15	Der Bundesrat wird gebeten, eine Kosten-Nutzen-Analyse vorzulegen, welche die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der wichtigsten zurzeit in Diskussion stehenden Modelle für einen Elternurlaub (bzw. einen Vaterschaftsurlaub) mittels geeigneten Verfahrens (z. B. Delphi-Studie oder Simulation) und unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) abschätzt.	Im Rat noch nicht behandelt. Antwort BR: Der Bundesrat verweist auf die Modellrechnungen zu den direkten Kosten von verschiedenen Urlaubsmodellen (Bericht Vaterschaftsurlaub und Elternurlaub). Eine genauere Berechnung würde keinen nennenswerten Mehrwert bringen, da zu viele unsichere Annahmen getroffen werden müssten. Daher lehnt der BR die Vorlage ab.
Mo NR Trede, 15.3734 «Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz»	19.06.2015	Der Bundesrat wird beauftragt, eine kommentierte Umfrage zur aktuellen Situation bezüglich des Vaterschaftsurlaubs in der Schweiz durchzuführen. (Vorstoss übernommen von NR Fricker)	Im Parlament noch nicht behandelt Antwort BR: Der Bundesrat ist der Ansicht, dass sich aus einer entsprechenden Umfrage keine allgemeingültigen Aussagen und Schlussfolgerungen für oder gegen einen Vaterschaftsurlaub in der Schweiz ableiten lassen würden.

Aktuelle politische Initiativen und Forderungen

	Initiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie», lanciert vom Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!» ⁴ (24.05.2016)	Positionspapier der Eidg. Kommission für Frauenfragen (EKF): Die EKF spricht sich für einen 24-wöchigen, bezahlten Elternurlaub aus (April 2016).	Modellvorschlag der Eidg. Kommission für Familienfragen EKFF (2010)
Dauer	Mind. 4 Wochen	Mind. 24 Wochen	Mind. 24 Wochen
Zeitraum des Bezugs	Während den ersten 12 Monaten nach der Geburt	Ab Ende Mutterschaftsurlaub (und allfälligem Vaterschaftsurlaub) während der ersten 12 Monaten.	Ab Ende Mutterschaftsurlaub (und allfälligem Vaterschaftsurlaub) bis zur Einschulung
Leistung	Einkommensersatzrente von 80% des bisherigen Lohns (analog Mutterschaftsversicherung)	Einkommensersatzrente von 80% des bisherigen Lohns mit Plafond (analog Mutterschaftsversicherung)	Einkommensersatzrente von 80% des bisherigen Lohns oder 100% mit verkürzter Bezugsdauer (mit Plafond)
Berechtigte	Selbstständig und unselbstständig Erwerbende Väter	Selbstständig und unselbstständig Erwerbstätige Ein verbindlicher Mindestbezugsanteil pro Elternteil soll gesetzlich festgelegt werden.	Selbstständig und unselbstständig Erwerbstätige, je 4 Wochen individueller Anspruch für Mutter und Vater
Bezugsmöglichkeiten	Flexible Lösungen, in Wochen, Tagen, Arbeitszeitreduktion, Mischung	Flexible Lösungen, um Bedürfnissen der Eltern und Arbeitgebern zu entsprechen. Bezug in Tagen, Wochen, Monaten oder durch Reduktion Arbeitspensum.	Flexible Lösungen, Teilzeitbezug erlaubt, Bezug beider Elternteile gleichzeitig nur möglich, wenn beide Teilzeitarbeiten
Finanzierung	Erwerbsersatzordnung (EO) (analog Mutterschaftsversicherung)	Erwerbsersatzordnung (EO) (analog Mutterschaftsversicherung)	Erwerbsersatzordnung (EO) (analog Mutterschaftsversicherung) oder über Mehrwertsteuer
Kosten des Modells	380 Mio CHF (0.06% Lohnprozente)	-	1.1-1.2 Mrd. Franken
Besonderes	Parlament hat Möglichkeit, bei der Umsetzung eine weitergehende Lösung im Sinne einer Elternzeit zu wählen.		

⁴ Der Verein besteht aus den vier Dachorganisationen Travail.Suisse, männer.ch, Alliance F und Pro Familia Schweiz

Positionen anderer Organisationen

- **Position Kinderschutz Schweiz:** Grundsätzlich für die Einführung einer Elternzeit, unterstützt jedoch als Schritt in die richtige Richtung auch die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs (Argument aus der Kinderrechtskonvention: Optimale (gesunde) Entwicklung eines Kindes (Art. 6 UN-KRK) > Bindung zu beiden Elternteilen
- **Kibesuisse:** Passivmitglied beim Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!»
- **Pro Juventute:** Passivmitglied beim Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!»

Diskussionspunkte und Argumente

- Vaterschaftsurlaub oder Elternzeit:
 - Tenor in der Debatte: Der Vaterschaftsurlaub ist keine Alternative zur Elternzeit, sondern ein wichtiger Schritt in die gleiche Richtung. Ein direkter Schritt zur Elternzeit ist zurzeit in der Schweiz politisch nicht realisierbar.
- Bezahlter vs. unbezahlter Urlaub
 - Insbesondere Väter beziehen den Urlaub nur, wenn er bezahlt ist
- Argumente für bezahlten Urlaub (Vaterschaftsurlaub / Elternzeit)
 - Die Phase rund um die Geburt ist der entscheidende Moment, für den Beziehungsaufbau zwischen Vater und Kind, für den Aufbau von väterlichen Kompetenzen und Engagement. (Quelle: Argumentarium Vaterschaftsurlaub, Verein Vaterschaftsurlaub jetzt).
 - Kinder brauchen beide Eltern und haben gemäss UNO-Kinderrechtskonvention auch ein Recht darauf. Dazu gehört auch der Vaterschaftsurlaub (<http://www.kinderrechtskonvention.info/erziehung-durch-beide-elternteile-3559/>)
 - Durch den Vaterschaftsurlaub wird es normal, dass auch Väter wegen Familienpflichten nicht ununterbrochen am Arbeitsplatz anzutreffen sind. Das gleicht die Benachteiligung der Mütter auf dem Arbeitsmarkt teilweise aus («Erwerbsrisiko der Familiengründung» zwischen den Geschlechtern aufteilen) (Quelle: Argumentarium Vaterschaftsurlaub, Verein Vaterschaftsurlaub jetzt).
 - Ein erhöhtes Engagement der Väter ist notwendig, um den Rückgang der Geburtenrate zu stoppen. Die internationale Erfahrung zeigt: Schafft die Politik gute Bedingungen für Familien, gibt es mehr Kinder. Dafür braucht es nicht besonders lange, sondern kluge Elternzeiten (Quelle: Argumentarium Vaterschaftsurlaub, Verein Vaterschaftsurlaub jetzt).

- Insbesondere Väter beziehen den Urlaub nur, wenn er bezahlt ist (im internationalen Vergleich von Bezugsraten zeigt sich, dass diese stark von der Erwerbsersatzquote abhängig sind (z.B. Deven and Moss 2005⁵)
- Elternurlaub kann einen Effekt auf die Aufteilung der unbezahlten Arbeit haben (Wie die Untersuchung von Smith und Williams (2007) zeigt, lauten die Bedingungen, damit ‚vaterfreundliche‘ Politiken auch einen Einfluss auf die tatsächliche Aufteilung der unbezahlten Arbeit haben, dass ein bestimmter Teil des Elternurlaubs für den Vater reserviert ist, der Erwerbsausfall während dieser Zeit zu einem hohen Grade kompensiert wird und der Urlaub flexibel eingesetzt werden kann (Thoenen 2010: «Kinderbetreuung, Elternurlaub und Arbeitszeit». Bern.)
- Argumente gegen einen bezahlten Urlaub (Vaterschaftsurlaub / Elternzeit)
 - Vaterschaftsurlaub ist Verhandlungssache zwischen den Sozialpartnern (Argument des Schweizerischen Gewerbeverbands und auch FDP, insbesondere, dass der Bedarf an Vaterschaftsurlaub Branchen spezifisch geklärt und gelöst werden müsse)
 - Urlaub nach einer Geburt ist eine private Angelegenheit, es steht jedem frei, Ferien zu beziehen (keine Staatskinder, vor allem Seiten SVP)
 - Warum sollen Kinderlose Erwerbstätige den Urlaub für Eltern bezahlen? Familiengründung = private Entscheidung, vor allem Seiten SVP)
- Öffentliche Gelder für Kinderbetreuung vs. Bezahlte Elternzeit
In der Antwort zur [Mo. NR Trede, 14.4161 «Elternurlaub»](#) führt der Bundesrat aus, dass er prioritär die familienergänzende Kinderbetreuung unterstützen will, da diese länger der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nütze
Gegenargument: Eine Elternzeit wird zu einem leicht späteren Eintrittsalter der Kinder in familienergänzende Kinderbetreuungseinrichtungen führen, jedoch wird das den Bedarf an Säuglingsplätzen nicht verringern, da die Elternzeit während maximal 24 Wochen bezogen werden kann
- Finanzierung:
die aktuellen Forderungen zielen alle auf eine Finanzierung analog zur Mutterschaftsentschädigung, sprich über die Erwerbsersatzordnung. Das heisst also über Lohnabzüge des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers.
Argument gegen EO-Finanzierung in der parlamentarischen Debatte: es wird wahrscheinlich eine zusätzliche Belastung der Lohnprozente im Rahmen der Reform der Altersvorsorge geben, damit wäre eine weitere Belastung der EO unzumutbar.

⁵ Deven, Fred, and Peter Moss. 2002. "Leave Arrangements for Parents: Overview and Future Outlook." Community, Work and Family 5 (3):237-55